

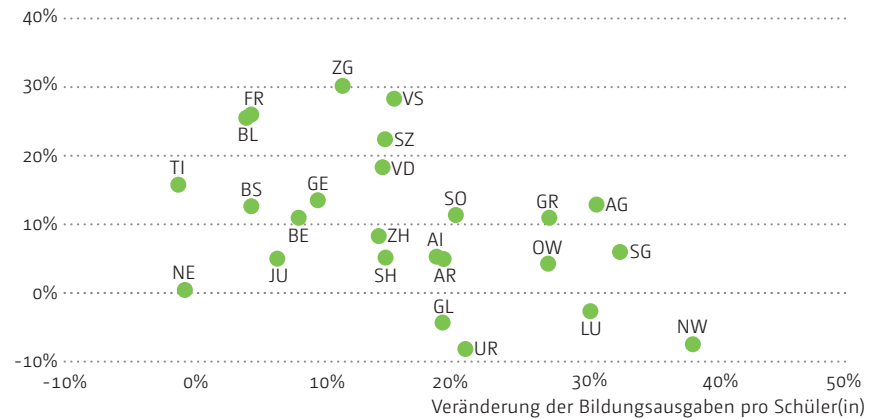
60 Entwicklung der öffentlichen Gesamtausgaben und der öffentlichen Bildungsausgaben pro Schüler(in) der obligatorischen Schule, 2004 und 2014

Die Bildungsausgaben umfassen nur die Lehrerbesoldungen, da sie am wenigsten von unterschiedlichen Praktiken in der Kostenrechnung der Kantone beeinflusst werden.

Deflationsbereinigte Durchschnitte der Jahre 2004/05 und 2013/14

Daten: BFS, EFV; Berechnungen: SKBF

Veränderung der Gesamtausgaben



Klassengrösse und gemeindespezifische Merkmale

Die Schuljahre der obligatorischen Schule werden von 1 bis 11 gezählt. Darin enthalten sind der Kindergarten oder die ersten beiden Jahre einer Eingangsstufe (→ Grafik 25 im Kapitel *Obligatorische Schule*).

Neben zusätzlichen und neuen Aufgaben im Bildungsbereich erwiesen sich in der obligatorischen Schule auch Veränderungen der Klassengrössen als Kostentreiber. Von 2000 bis 2010 führte der Rückgang der Schülerzahlen zu einer Zunahme kleiner Klassen und zu einer Steigerung der realen Bildungsausgaben pro Schülerin bzw. Schüler. Die modernisierte Bildungsstatistik erlaubt es nun erstmals, auch innerkantonale Unterschiede von Klassengrössen zu analysieren. So lässt sich auch die Frage beantworten, ob sich die beachtlichen kantonalen Unterschiede der durchschnittlichen Klassengrössen durch demografische und topografische Unterschiede erklären lassen (siehe dieselben Analysen für die Sekundarstufe I, → *Kapitel Sekundarstufe I, Seite 79*).

Im Schuljahr 2015/16 lag in der Schweiz die durchschnittliche Klassengrösse in der Primarstufe (3.–8. Schuljahr) bei 19,2 Kindern. Auf Kantonsebene weist Zürich mit 20,7 Schülerinnen und Schülern die höchste durchschnittliche Klassengrösse auf, Graubünden mit durchschnittlich 15,6 Kindern die kleinsten Klassen. Was die durchschnittliche Klassengrösse auf Gemeindeebene in Abhängigkeit vom jeweiligen gesamten Schülerbestand in der Gemeinde betrifft (→ Grafik 61), pendelt sich die durchschnittliche Grösse ab 350 Schülerinnen und Schülern bei einem Wert von etwa 20 ein. Mit zunehmender Schülerzahl in einer Gemeinde steigt die durchschnittliche Klassengrösse, wenn auch nicht linear. Die trichterförmige Verteilung der durchschnittlichen Klassengrössen zeigt aber auch, dass bei sehr geringen Schülerbeständen nicht zwingend auch die Klassen kleiner sein müssen; es gibt viele Gemeinden mit geringen Schülerbeständen, die überdurchschnittlich grosse Klassen ausweisen.

Würden alle Gemeinden versuchen, den Richtwert einer Klassengrösse von 20 zu erreichen, indem sie jeweils alle Klassen bis auf 20 Schülerinnen und Schüler auffüllen und erst danach wieder eine neue Klasse eröffnen würden (fiktive Regel), ergäbe sich eine etwas andere Verteilung der Klassengrössen in Abhängigkeit vom jeweiligen gemeindespezifischen Schülerbestand